

Grundkonsens des Bündnisses Energiewende Wiesbaden Taunus

Im Bündnis Energiewende Wiesbaden Taunus (EWT) haben sich Gruppen zusammengefunden, um gemeinsam die Energiewende zum Wohle der Menschen, der Umwelt und der Natur voran zu treiben. Mit der Energiewende gestalten wir kreativ und intelligent einen praktikablen Weg, der uns eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten sichert. Durch Kooperation und im Einklang mit Mensch und Natur werden wir der Verantwortung für unser Handeln ein Stück gerechter und ermöglichen den uns nachfolgenden Generationen ein zukunftsfähiges Dasein.

Das Energiewende-Bündnis ist der Meinung, dass eine sinnvolle Umsetzung der Energiewende nur mit einer deutlichen Senkung unseres Verbrauchs, mit einer erheblichen Steigerung der Effizienz und mit dem verstärkten Einsatz erneuerbaren Energien erreicht werden kann.

In Deutschland wird der größte Anteil der erneuerbaren Energien aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen erzeugt. Dabei ist Onshore-Windkraft zurzeit die kostengünstigste Energieform unter den ausbaufähigen Regenerativen. Mit der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm werden Wiesbaden und die Region einen konstruktiven Beitrag zu der oben beschriebenen Ausgestaltung der Energiewende leisten.

Dabei sind die gesetzlichen Schutzvorgaben für Mensch und Natur vor Ort streng einzuhalten und durch fundierte Gutachten zu unterlegen. Angesichts der dramatischen Folgen der fossilen und atomaren Energieversorgung reicht es aber nicht aus, eine Ablehnung von Windkraftanlagen nur mit dem Verweis auf eine Veränderung des Landschaftsbildes oder vermuteten Auswirkungen auf Flora und Fauna zu begründen. Vielmehr ist eine Abwägung zwischen den damit verbundenen Eingriffen in die Natur und den positiven Auswirkungen der ressourcenschonenden und schadstofffreien Stromerzeugung zu treffen.

Entscheidungen sollen in einem transparenten Verfahren und auf Basis konservativer Ertrags- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen getroffen werden. Die Gewinne aus der Projektierung, dem Bau der Anlagen und aus der Energieproduktion sollen auf ein marktübliches Niveau begrenzt und Risiken sollen deutlich benannt werden.

Um die Wertschöpfung zu möglichst großen Teilen in der Region zu halten und überhöhte Ausgaben zu vermeiden, wird ein transparentes Bürger-Beteiligungsverfahren benötigt. Initiativen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft sollen zusammen mit der Kommune und der regionalen Wirtschaft agieren. So wird aus einer abstrakten Umgestaltung der Energieversorgung eine von breiten Teilen der Gesellschaft getragene Energiewende.

Wir unterstützen die Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele der Europäischen Union, des Bundes, des Landes Hessen und der Städte Wiesbaden und Taunusstein. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass es stärkerer Anstrengungen bedarf, um uns vor den drohenden Entwicklungen zu schützen. Aber nicht nur bei der Stromerzeugung, vor allem in den Bereichen Wärmeversorgung und Mobilität sind noch erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Das Ziel der der Energiewende ist aus unserer Sicht die Schaffung einer umweltverträglichen, gerechten und nachhaltigen Energieversorgung. Darunter verstehen wir im Einzelnen:

1. Schutz der Ressourcen durch mehr Effizienz und verantwortlichen Lebensstil
2. globale Gerechtigkeit im Anspruch auf natürliche Ressourcen
3. Minderung des Weltklimawandels durch Abkehr von fossilen Energieträgern
4. schneller Ausstieg aus der Atomkraft
5. genossenschaftliche Beteiligung möglichst vieler Menschen an einem dezentralen Energiesystem

1. Schutz der Ressourcen durch mehr Effizienz und verantwortlichen Lebensstil

Die natürlichen Ressourcen wie Bodenschätze, sauberes Wasser und reine Luft, aber auch fruchtbares Land sind nicht unendlich verfügbar. Das allein gebietet einen verantwortungsvollen Umgang damit. Unser derzeitiges, hohes Verbrauchsniveau an Energie und Ressourcen für Mobilität, Konsum und Komfort ist damit nicht zu vereinbaren. Spätestens seit dem Bericht des Club of Rome (1972) ist bekannt, dass auf unserer endlichen Erde ein auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem nicht dauerhaft, oder um ein Modewort zu gebrauchen, nicht nachhaltig funktionieren kann. Obwohl derzeit mögliche Alternativen zu unserem heutigen Lebensstil politisch kaum umsetzbar erscheinen und auf dem Weg zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft noch viele Fragen offen sind, können einige Forderungen bereits jetzt umgesetzt werden: Steigerung der Effizienz durch Einbeziehung der gesellschaftlichen und ökologischen Folgekosten in die Preise und Neubewertung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele, weg von rein materiellen Kriterien (BIP) hin zu einer umfassenderen Berücksichtigung von Wohlfandsfaktoren.

2. Globale Gerechtigkeit

Alle Menschen haben weltweit das gleiche Recht auf Leben und Entfaltung der Persönlichkeit. Daher stehen jedem Mensch gleiche Anteile an natürlichen Ressourcen zu. Gleiches gilt für Eingriffe in die Natur, z.B. durch Verschmutzung mit Schadstoffen oder Treibhausgasen. Auch beim Klimaschutz gilt daher „gleiches Recht für alle“, Menschen in den Industrienationen dürfen keinen höheren Pro-Kopf-Ausstoß an klimaschädlichen Gasen beanspruchen als Menschen in Entwicklungsländern. (in den wenig industrialisierten Ländern). Die Industrienationen haben wegen ihres deutlich größeren CO₂-Schuldenkontos sogar eine größere Verantwortung, da sie bereits sehr viel mehr CO₂ angehäuft haben die aufstrebenden Länder.

3. Minderung des Klimawandels

Seit sich die Erkenntnis durchsetzt, dass unser Energieverbrauch neben der Verschwendung wertvoller Grundstoffe zusätzlich das Weltklima verändert, ist Eile geboten, unser Energiesystem schneller auf erneuerbare Quellen umzustellen, als dies wegen der Endlichkeit von fossilen Energieträgern ohnehin nötig wäre. Mit dem Klimawandel drohen nicht nur ein Anstieg des Meeresspiegels und massive Veränderungen in den Polarregionen, es sind auch eine Reihe von Extremwetterereignissen, wie Hitzewellen, Dürreperioden, Starkregen/Überschwemmung und Unwetterstürme zu erwarten. Zudem gibt es zumindest ernstzunehmende Hinweise auf "positive Rückkopplungseffekte" wie z.B. Methanemissionen aus Dauerfrostböden in Sibirien oder zusätzliche, mit der Erderwärmung verbundene CO₂-Emissionen aus dem Meerwasser. Auch wenn mit den Klimamodellen keine absolut sicheren Vorhersagen möglich sind, ist eine Begrenzung der Erderwärmung um 2°C doch ein überaus wichtiges Ziel, um mögliche dramatische Folgen noch verhindern zu können. Erreicht werden kann dies nur mit einer deutlichen Senkung unseres Verbrauchs, mit einer erheblichen Steigerung der Effizienz und mit dem verstärkten Einsatz erneuerbaren Energien.

4. schneller Ausstieg aus der Atomkraft

Atomkraft ist unverantwortlich aus folgenden Gründen:

- Atomkraft setzt uns alle einem untragbar großen Risiko radioaktiver Verseuchung großer Landstriche über Generationen aus.

- Atomkraft ist unvermeidlich mit der Produktion von hochgiftigem und radioaktivem Abfall verbunden. Dieser muss über Jahrtausende sicher verwahrt werden, um eine Verseuchung der Biosphäre zu verhindern. Diese Aufgabe ist bis heute nicht auch nur ansatzweise gelöst. Es bestehen ernstzunehmende Zweifel, ob eine sichere Verwahrung über Jahrtausende prinzipiell zu gewährleisten ist.
- Jede zivile Nutzung der Atomkraft eröffnet prinzipiell und unvermeidlich die Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen. Je mehr radioaktives Material im Umlauf ist, umso größer ist die Gefahr, dass dieses in die Hände von Verbrechern, Terroristen, oder Fanatikern gelangt und für Gewalttaten und zur Erpressung eingesetzt wird.

5. Genossenschaftliche Beteiligung möglichst vieler Menschen an einem dezentralen Energiesystem

Die heute noch vorherrschenden Strukturen unserer fossil-atomaren Energiewirtschaft wurden zum großen Teil aus zentralstaatlichen Erwägungen heraus geschaffen. Die Energieversorgung ist als Teil der Daseinsvorsorge eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein einzelnen privaten Unternehmen überlassen werden darf. Vielmehr müssen in unserer modernen Welt neben sozialen und ökologischen Anforderungen an ein Energiesystem auch Partizipation und Akzeptanz eine Rolle spielen. Daher sind neben den sinnvollen und notwendigen zentralen Einrichtungen wie Strom- und Gasnetze auch dezentrale, von Genossenschaften und kommunalen Versorgern betriebene Systeme wünschenswert. Wir unterstützen daher explizit die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften.

Die aktuellen Bündnismitglieder sind:

Arbeitskreis Taunussteiner Energiewende (AKTE)	Attac Wiesbaden	BürgerEnergie RheinMain eG (BERMEG)
Lokale Agenda 21 Taunusstein	Naturfreunde in Wiesbaden e.V.	Pro Windkraft Niedernhausen
Rhein/Main Voll Erneuerbar e.V.	Transition Town Initiative Wiesbaden im Wandel, Projektgruppe Energie	

Wir freuen uns über weitere Beteiligungen von Organisationen oder Einzelpersonen, die die Ziele des Bündnisses unterstützen und umsetzen.

Herzlich willkommen!

Verantwortlich:

Klaus Wollner
Bertramstraße 15
65185 Wiesbaden
klaus.wollner@email.de